

Landtag Rheinland-Pfalz - 15. Wahlperiode  
36. Sitzung, 13. Dezember 2007  
Europa für die Bürgerinnen und Bürger  
– Der Vertrag von Lissabon aus rheinland-pfälzischer Sicht –

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Drucksache 15/1725 –  
Auszug aus dem Plenarprotokoll ab Seite 2184

...

Abg. Dr. Enders, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das Jahr 2007 war für Europa gleichzeitig ein Jahr der Feierlichkeiten, aber auch ein Jahr der tiefen Krise.

Dabei lagen die Lähmung des politischen Europas durch mangelnde Einigkeit und die Freude über den 50. Jahrestag des Bestehens der Römischen Verträge erstaunlich dicht beieinander.

Erst spät in diesem Jahr gelang es, maßgeblich dank der deutschen Europapolitik unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, einen Konsens unter den 27 Mitgliedstaaten zu erreichen. Vorausgegangen war das Scheitern der so genannten neuen EU-Verfassung an Volksbefragungen. Dies war um so heikler, als erst durch diese Abstimmungsergebnisse vielen Politikern in Europa deutlich wurde, dass zu viele Menschen der rasanten Entwicklung des politischen Europas nicht mehr folgen konnten oder es zu diesem Zeitpunkt vielleicht auch gar nicht wollten.

Seien wir ganz offen: Die Krise Europas ist eine Vertrauenskrise.

Hätten wir nämlich in allen 27 Staaten die Bürgerinnen und Bürger gefragt, so bin ich überzeugt, dass es noch mehr ablehnende Ergebnisse gegeben hätte. Dass schließlich alle bestehenden Regelungen und die angedachten Reformen einer eingehenden Prüfung unterzogen wurden, war die logische Folge einer europäischen Politik, die nur allzu oft in den vergangenen Jahrzehnten ein gutes Stück weit an den Wünschen und Sorgen der europäischen Bürger vorbeigezogen war.

Es war die deutsche Ratspräsidentschaft unter der Bundeskanzlerin, die die Mammutaufgabe auf sich nahm, mit den 27 Regierungen mit allen ihren politischen Strömungen so viele Konsenspunkte für einen Neuanfang der Institution Europa zu finden, dass am Ende schließlich alle Regierungen ein Ja wichtiger als ein Nein zu Europa fanden.

(Beifall der CDU)

Diese Früchte konnten dann in Lissabon geerntet werden.

Wir, die Rheinland-Pfälzer bzw. Rheinland-Pfalz ist dabei auf den ersten Blick in einem Europa von Skandinavien bis Sizilien, vom Atlantik bis zum Baltikum nur ein kleiner Flecken. Und doch sind wir genauso Europa wie die Menschen in Paris, Berlin, Rom oder ganz im Süden auf Kreta.

Dass aber bei vielen Europapolitikern und -beamten beim Blick auf das Ganze der fast 500 Millionen Bewohner Europas der Blick auf das Einzelne, auf das Wesentliche verbaut blieb, war sicherlich ein entscheidender Grund dafür, dass die Bürger in Umfragen zu Europa nur an normierte Weintrauben, fehlgeleitete Investitionen, Subventionen und an unkontrollierte Einwanderung oder sinkende Löhne erinnert wurden. Dieser fehlende Blick auf den Bürger führte meines Erachtens dazu, dass eine Mehrheit der Europäer einem Europa als Institution heute noch kritisch und ohne viel Vertrauen gegenübersteht.

Wenn Sie einmal im Land fragen, wer denn die Abgeordneten des Europäischen Parlaments sind, so werden Sie bei vielen Bürgern keine Antwort bekommen, weil sie die Damen und Herren der unterschiedlichen Parteien namentlich gar nicht kennen, vielleicht auch aufgrund von mangelndem Interesse. Unser Antrag, der gemeinsame Antrag für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, den wir heute abschließend beraten, ist sicherlich ein Mosaikstein im großen Schmuckbild Europas, und er kann dazu beitragen, dass in Rheinland-Pfalz auch durch Berichterstattung Europa den Bürgerinnen und Bürgern verständlicher, sinnvoller und auch unterstützungswürdiger wird.

Nicht wenige der Reformen, die heute als Vertrag von Lissabon in die Geschichte eingehen, dienen genau dem Zweck, nämlich die Verwaltung und die Regierung Europas demokratischer und bürgernäher zu machen. Herr Kollege Klöckner hat das eben auch schon entsprechend erwähnt.

Es sind nämlich die Regionen wie Rheinland-Pfalz, die dieses Europa ausmachen. Weltoffen und bodenständig sollte man sein, aber auch traditionell und dynamisch. Ich denke, wir Rheinland-Pfälzer sind bereit zu geben und zu nehmen, reicher zu werden an Kultur und Toleranz und an wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Deswegen begrüßt die CDU-Fraktion, dass die Vielfalt der Regionen in Europa künftig ein höheres Gewicht gegenüber der Einfachheit mancher europäischen Regierungs- und Regelungswut bekommt.

(Beifall der CDU)

Mit den Ergebnissen des Vertrages von Lissabon wird Europa demokratischer. Die Europaabgeordneten bekommen künftig mehr von den Möglichkeiten, die uns in Rheinland-Pfalz und in Deutschland bereits demokratische Selbstverständlichkeit sind. Deswegen macht Europa Fortschritte hin zum Bürger, hin zu mehr Demokratie.

Wir als CDU-Fraktion begrüßen es außerordentlich, dass die Bürgerinnen und Bürger durch die Einführung eines Bürgerbegehrens auf europäischer Ebene erstmals direkt auf die Gesetze der Europäischen Union Einfluss nehmen können.

Aber auch die Stärkung des Ausschusses der Regionen, der heute mit seinem Bericht zur Aussprache steht, gibt Rheinland-Pfalz und den Rheinland-Pfälzern eine gewichtigere Stimme in Brüssel. Der Ausschuss der Regionen, der einmal in Maastricht als beratende Einrichtung gegründet wurde, ist leider nicht allzu bekannt. Er kommt immer nur an das Tageslicht, wenn Bericht erstattet wird.

Dem aktuell vorgelegten Bericht ist zu entnehmen, dass es im Ausschuss der Regionen in einer Vielzahl von Fällen gelungen ist, durch seine fundierten Stellungnahmen EU-Rechtsakte der Kommissionen im regionalen und auch im kommunalen Interesse zu verändern und damit seine Kompetenzen schrittweise auszubauen.

Die politischen Prioritäten im Berichtszeitraum 2006/2007 waren neben den Römischen Verträgen und der Zukunft der EU die Regionalpolitik und auch die Erweiterung der EU.

Ausführlich wird in dem Bericht auch auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft eingegangen. Es sei der Hinweis gestattet, dass Herr Staatssekretär Dr. Klär im Ausschuss der Regionen in der allgemeinen Aussprache über die Ausführungen zur deutschen Ratspräsidentschaft dem Bundeswirtschaftsminister für seine freundlichen Worte gegenüber dem Ausschuss der Regionen dankt und sich erfreut zeigt, dass die Bundesregierung als Ratspräsidentschaft die Vereinbarung zur Stärkung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der Verfassung erhalten wolle. Es ist nun unsere Aufgabe als Rheinland-Pfälzer, als Bürger, die Entwicklung Europas in die richtigen Bahnen zu fördern, aber auch kritisch zu begleiten.

Es ist unsere Aufgabe als rheinland-pfälzische Politiker, den Menschen in unserem Land das Vertrauen in die Institution Europa zurückzugeben. Die nächste Gelegenheit werden wir im Juli 2009 haben. Die Europawahl findet parallel zur Kommunalwahl statt. Dann ist es eine gute Gelegenheit für alle politischen Mitstreiter, für Europa zu werben und auch die Kandidatinnen und Kandidaten bekannter zu machen.

Mit dem Vertrag von Lissabon wird Europa transparenter, demokratischer, bürgernäher und damit einfach besser, aber nur, wenn wir unsere Rechte auf Mitsprache und Kontrolle auf Bundes- und Landesebene wirklich ernsthaft wahrnehmen. Rheinland-Pfalz muss in diesen neuartigen Subsidiaritäts- und Frühwarnsystemen eine Führungsrolle übernehmen. Unsere Mitspracherechte und notfalls auch unser Klagerecht müssen als Stärkung der Bürgerrechte verstanden werden. Sie müssen genutzt werden.

Dass der Bürger in Europa der Überzeugung ist, zu wenig Rechte zu besitzen, ist der Ursprung der gewissen Vertrauenskrise, die ich eben angesprochen habe.

Überwunden haben wir diese Krise erst dann, wenn das Vertrauen der Bürger in die europäischen Entscheidungen nicht mehr grundsätzlich erschüttert ist.

Nutzen wir dafür unsere Mittlerrolle zwischen unseren Bürgern und unseren europäischen Institutionen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU und bei der SPD)